

Gestohlene Wahlen

Desillusionierung bei Hoffnung auf demokratischen Wandel in Burma

Der Autor kommentiert die Wahlen in Burma für die *südostasien* aus Maesot an der thailändisch-burmesischen Grenze.

Alexander Horstmann

Wer glaubt, dass die am 7. November 2010 abgehaltenen Wahlen in Burma demokratischen Wandel bringen, sieht sich desillusioniert. Nur wenige Tage nach dem Urnengang reklamiert die von der burmesischen Junta eingesetzte *Union Solidarity and Development Association (USDA)* einen erdrutschartigen Wahlsieg für sich. Beobachter der burmesischen Szene sind sich einig, dass dieser Wahlsieg durch Wahlbetrug errungen worden ist und dass die burmesische Junta diese Wahlen abhält, um ihre Herrschaft in der internationalen Arena weiter auszubauen und zu legitimieren. Mehr noch, Beobachter fürchten außerdem, dass die burmesische Junta diesen Legitimationsgewinn nutzen möchte, um auf militärischem Weg noch härter gegen ethnische Minderheiten in den Grenzgebieten vorzugehen. Hunderttausende Wähler in den umkämpften Gebieten der Karen, Karenni (Kaya), Shan, Kachin, Chin und Wa wurden von vornherein gar nicht zu den Wahlen zugelassen.

Der Kommentator ist *Research Fellow* des Max Planck Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen. Zurzeit forscht er in Nordwestthailand zu Flüchtlingsschicksalen und Überlebensstrategien.

Zahlreiche ethnische Armeen haben fragile Waffenstillstandsabkommen mit dem burmesischen Regime abgeschlossen, da der jahrzehntelange Bürgerkrieg an den Ressourcen der Bevölkerung gezehrt und unendliches Leid in der Zivilbevölkerung hervorgerufen hat. Ethnische Armeen wurden in entlegene Grenzgebiete in Ost- und Westburma zurückgedrängt und mussten sich in ungleiche Abkommen mit der Junta fügen. Trotzdem haben die Kachin, und Shan ihre Waffen behalten, um der Junta nicht völlig ausgeliefert zu sein. Aber die Junta hat begonnen, die ethnischen Armeen in Grenzpolizei-truppen zu transformieren und sie gezwungen, ihre ethnische Identität aufzugeben, die Uniformen zu wechseln und die ethnischen Flaggen in burmesische zu wechseln. Unmittelbar vor den Wahlen fanden neue Mobilisierungen der burmesischen Armee (Myanmar Armed Forces, in Burmesisch: Tatmadaw) statt und diese Mobilisierungen zogen neue Mobilisierungen und Kriegsvorbereitungen auf Seiten der ethnischen Armeen nach sich. Unmittelbar nach den Wahlen bewahrheiteten sich die Befürchtungen, und bewaffnete Kämpfe brachen in Karen und Shan-State aus. In der ersten Woche nach den Wahlen brach eine Brigade der *Democratic Karen Buddhist Army (DKBA)* das Waffenstillstandsabkommen unter zunehmenden Druck der burmesischen Junta und vor dem Hintergrund der totalen Exklusion in den gewählten Häu-

sern. Teile der *Karen National Union (KNU)* griffen in die Kämpfe auf Seiten dieser Brigade ein.

Neue Flüchtlingswellen

Diese Kämpfe zwangen bis zu 30.000 Flüchtlinge der Karen in die Flucht in Räume innerhalb Ostburmas und an die thailändische Grenze, wo über 15.000 Flüchtlinge auf dem Flugplatz von Maesot in Zelten übernachteten. Bewaffnete Kämpfe finden auch in Shan-State statt, wo eine Fraktion der *Shan State Army (SSA)* die Kämpfe gegen die Mobilisierung der Tatmadaw in Shan-State aufnahm. Die Tatmadaw versucht energisch, die Transformation der ethnischen Armeen voranzutreiben und jeden Widerstand auf Seiten dieser zu zerschlagen. Besonders hart geht die Tatmadaw weiterhin gegen alle ethnischen Armeen vor, die sich nicht den Bedingungen fügen wollen und als feindliche Armeen gesehen werden. Es ist sehr wichtig, diese komplexen Zusammenhänge zu verstehen, da die größte Bedrohung einer friedlichen Entwicklung Burmas von der erzwungen Befriedung der ethnischen Minderheiten ausgeht. Die internationale Gemeinschaft sollte sich auf diese Prozesse konzentrieren, da die Zivilbevölkerung in diesen Grenzgebieten am meisten von den Konflikten betroffen ist und am meisten den Kämpfen und der brutalen Vergeltung der Tatmadaw ausgeliefert ist.

Es soll daran erinnert werden, dass die burmesische Junta noch 2007 die Saffron-Aufstände der buddhistischen Mönche niedergeschlagen hat und zahlreiche Dissidenten zu verrückt-hohen Freiheitsstrafen verurteilt und eingesperrt hat. Diese politischen Gefangenen waren natürlich von den Wahlen exkludiert. Die burmesische Junta hat sich schon vor den Wahlen einen Löwenanteil der Stimmen in den Parlamenten gesichert. Der Präsident des *State Peace and Development Council* (SPDC), Than Shwe, hat sich nicht aus der Politik zurückgezogen, sondern kontrolliert hinter der Bühne das Geschehen. Es darf vermutet werden, dass der Vorsitzende der USDA, Thein Sein, nur eine Puppe der Tatmadaw ist. Thein Sein hat die Uniform gegen Zivilkleidung getauscht. Die Wahlen haben besonders die *National League for Democracy* (NLD) und ihre Führerin, Aung San Suu Kyi, geschwächt. Diese hat sich selbst und die NLD durch ihren Wahlboykott ihrer letzten Ressourcen beraubt, da ohnehin die NLD-Führer verfolgt, eingesperrt und gefoltert wurden. Zur Erinnerung: Die NLD hatte 1990 bei den völlig überraschend ausgerufenen Wahlen, an denen immerhin ein Drittel der Bevölkerung Burmas teilnahm, einen überwältigenden Wahlsieg gegen die Einschüchterung des Militärs errungen, der nie anerkannt worden ist. Die National Democratic Force ist eine Abspaltung der NLD und wahrte die Chance einer Beteiligung am Parlament. Sie trat mit 160 Kandidaten an, wobei einige Kandidaten von der vom Militär eingesetzten Wahlkommission nicht zugelassen wurden. Die Democratic Party of Burma brachte nur 49 Kandidaten zustande, da pro Kandidat eine Gebühr von 500 US-Dollar in einem bettelarmen Land entrichtet werden mussten. Diese konkur-

rierten mit 1.163 Kandidaten der herrschenden USDA und der mit ihr verbündeten militärsozialistischen National United Party, die 994 Kandidaten als weiteren Schachzug der Wahlhegemonie aufstellte.

Das Regime verbot internationalen und freien Wahlbeobachtern, sowie ausländischen Medien die Einreise, so dass die Wahlbetrüge nur von internen burmesischen Wahlbeobachtern und von vereinzelt Besuchern dokumentiert wurden. Die Wahlergebnisse wurden in besonders umkämpften Gebieten durch Vorstimmen, unversiegelte Stimmenbehälter, Drohung und Einschüchterung gefälscht, so dass besonders in Gebieten der ethnischen Minoritäten



ethnischen Kandidaten der Wahl erfolgreich genommen wurde.

Nach den Wahlen

Nach den Wahlen wurde Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest entlassen und meldete sich unmittelbar mit einer Rede, in der Sie ihre Bereitschaft erklärte, im weiteren Vorgehen auf das Volk zu hören, Wahlmissstände unverzüglich aufzuklären und mit der Junta in ein Gespräch zu kommen. Die burmesische Junta erklärte unterdessen, dass jegliche kritische Berichterstattung über die Wahlen und Informationen an ausländische Medien hohe Freiheitsstrafen nach sich zögen.

Die gesamte Medienlandschaft in Burma wird vom Militärregime zensiert und geknebelt und durch den Geheimdienst überwacht. Webseiten der Exilgruppen werden durch den Geheimdienst ausgespiert und gehackt.

In der Vorbereitung der Wahlen setzte ein vehementer Streit unter NGOs und Exilaktivisten ein, da manche Aktivisten und Gruppen die Wahlen boykottierten, andere aber in ihnen eine Chance auf die so erhoffte Öffnung des Systems sahen und ihre Chance auf Mitbestimmung wahrnehmen wollten. Dieser Streit polarisierte die gesamte Szene im Exil und führte zu bitteren Auseinandersetzungen und Anklagen als Verräter im

Kampf für Demokratie und Menschenrechte.

Nur durch zunehmenden Druck der internationalen Gemeinschaft, Stärkung der Zivilgesellschaft und Öffnung der Öffentlichkeit für das Ausland kann eine Verbesserung der Lebensumstände und Meinungsfreiheit erreicht werden. Dazu sollte auch die Folgen des Embargos und der Sanktionen hinterfragt werden. Diese haben das Regime und ihre Paranoia gegen das Ausland eher stabilisiert als eine demokratische Öffnung erreicht. Bis jetzt haben die Wahlen weder zu einer Partizipation der burmanischen Bevölkerung, noch der ethnischen Minderheiten geführt. ●